



## Niederschrift

### 3. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

---

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 21.11.2019  
**Sitzungsbeginn:** 16:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 19:14 Uhr  
**Ort, Raum:** Raum 405, Hegelallee, Haus 1

---

#### Anwesend sind:

##### Ausschussmitglieder

Frau Birgit Eifler	Bündnis 90/Die Grünen	Sitzungsleitung
Frau Ulrike Kallenbach	anerkannte freie Träger	
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Ute Parthum	anerkannte freie Träger	
Herr Tiemo Reimann	SPD	bis 19:00 Uhr
Frau Julia Schultheiss	anerkannte freie Träger	
Herr Bodo Ströber	anerkannte freie Träger	
Frau Katharina Tietz	anerkannte freie Träger	

##### stellv. Ausschussmitglieder

Herr Dirk Harder	anerkannte freie Träger
Herr René Kulke	DIE aNDERE
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE

##### beratende Mitglieder

Herr Steve Farendorf	Agentur für Arbeit
Herr Dr. Reiner Pokorny	Komm. Fachbereichsleiter
Frau Veronika Sander	Amtsgericht Potsdam
Herr Thomas Simonis	Polizeiinspektion Potsdam
Herr Robert Witzsche	Kita-Elternbeirat

##### Beigeordnete

Frau Noosha Aubel	Geschäftsbereich 2
-------------------	--------------------

#### Nicht anwesend sind:

##### Ausschussmitglieder

Frau Annina Beck	DIE aNDERE	entschuldigt
Frau Sabine Frenkler	anerkannte freie Träger	entschuldigt
Herr Matthias Kaiser	CDU	entschuldigt
Herr David Kolesnyk	SPD	entschuldigt
Herr Sebastian Olbrich	AfD	nicht entschuldigt
Frau Isabelle Vandre	DIE LINKE	entschuldigt

### **beratende Mitglieder**

Herr Kamal Abdallah	Verein der Muslime	nicht entschuldigt
Frau Dr. Kristina Böhm	Gesundheitsamt	entschuldigt
Frau Astrid Englin-Ressel	Kreiselterrat	nicht entschuldigt
Herr Dirk Heidepriem	Staatliches Schulamt	nicht entschuldigt
Herr Mak Kljunic	Jugendvertretung	entschuldigt
Herr Steffen Müller	Stadtsportbund	nicht entschuldigt
Frau Leni Naimova	Humanistischer Verband	nicht entschuldigt
Frau Maria Pohle	Migrantenbeirat	nicht entschuldigt
Frau Anna Rasu	Jüd. Gemeinde	nicht entschuldigt
Frau Angela Schmidt-Fuchs	Katholische Kirche	nicht entschuldigt
Frau Marie-Charlotte Senst	Kreisschülerrat	nicht entschuldigt
Frau Martina Trauth	Gleichstellungsbeauftragte	nicht entschuldigt

### **Gäste:**

Herr Volker Theobald	Entwicklungsträger Bornstedter Feld
Frau Birgit Ukrow	Schriftführerin

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.10.2019 / Feststellung der öffentlichen  
Tagesordnung
- 3 Informationen des Jugendamtes
- 4 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB  
VIII
- 5 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters  
aus dem Kreisschülerrat
- 6 Bericht des Kita-Elternbeirates
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 Sachstand Jugendfreizeiteinrichtung Georg-Herrmann-Allee -  
Entwicklungsträger Bornstedter Feld angefragt
- 8 Wahl von Mitgliedern des Unterausschusses Jugendhilfeplanung aus AGs § 78  
SGB VIII
- 9 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 9.1 Strategischer Eckwertebeschluss für die Planung des Doppelhaushaltes  
2020/2021 und die mittelfristige Finanzplanung 2022 bis 2024  
Vorlage: 19/SVV/1174  
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle 103
- 10 Sonstiges

## Niederschrift:

### Öffentlicher Teil

#### zu 1 **Eröffnung der Sitzung**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Frau Birgit Eifler.

#### zu 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.10.2019 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Frau Eifler stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 11 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Frau Eifler bittet um Abstimmung über die Niederschrift zur Sitzung vom 24.10.2019.

Die Niederschrift wird mehrheitlich **bestätigt**.(mit einer Enthaltung)

Frau Eifler fragt, ob es Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt.

Änderungsantrag: 7.1 soll ganz nach vorne gezogen werden, damit Herr Theobald nicht so lange warten muss (Anschließend stellt Frau Eifler die Tagesordnung zur Abstimmung.

Der Tagesordnung wird mit dieser Änderung einstimmig **zugestimmt**.

#### zu 3 **Informationen des Jugendamtes**

##### a) Information zur neuen Richtlinie (RL) zum PLUS-Förderprogramm

Herr Pokorny erläutert, dass es wesentlich ist, dass die drei Fördersäulen erhalten wurden. Sie lassen Themenerweiterungen und Trägeröffnung zu. Die max. Projektförderhöhe bleibt bei 8.000 EURO je Projekt. Außerdem gibt es zwei Antrags- und Entscheidungsfristen (28.02. und 31.05.). Der Überarbeitungsprozess war im Frühjahr mit einer Projektgruppe gestartet. Der Evaluationsbericht war in der Mai-JHA-Sitzung präsentiert worden. Die neue RL wurde am 29.10.2019 in Kraft gesetzt.

##### b) Fragebogen für die Prüfung der Entstehung der EBO

Alle Fraktionen haben dazu Fragen gesendet. Herr Pokorny hat alles gesammelt und die Verwaltung macht aus dem Katalog einen Vorschlag bis zum 11.12.2019, der dann im nächsten JHA vorgestellt wird. Die Fragen des Kita-Elternbeirates sind auch dabei.

##### c) Sachstand unbegleitete minderjährige Asylbewerber\*innen (umA)

Mit heutigem Stand werden in der LH Potsdam durch den Fachbereich Bildung, Jugend und Sport **114** umA und ehemalige umA versorgt und betreut. Herr Pokorny führt dazu aus, dass sich diese Anzahl wie folgt verteilt:

35 umA (unter 18 Jahre), 77 ehemalige umA (Ü 18), 2 umA mit Kind (§19), 98 stationäre Hilfen (inkl. §19 Mutter und Kind), 16 ambulante Hilfen (inkl. ein umA

Paar mit einem gemeinsamen Kind), 108 umA sind männlich und 6 sind weiblich. Die Herkunftsländer sind überwiegend Guinea (wiederholt Kenia und vereinzelt Gambia und Angola). Es kommt z.Z. niemand mehr aus Syrien, Afghanistan und Pakistan.

#### Fazit 1. Halbjahr 2019

Es ist zu beobachten, dass das Familiengericht Potsdam die Vormundschaften für junge Geflüchtete aus Guinea und Pakistan (vormals bis Vollendung des 21. Lebensjahres, nunmehr des 18. Lebensjahres) aberkennt und umA, für die bislang kein Asylantrag gestellt worden ist, dadurch bei der Klärung ihrer Perspektive und der Sicherung ihres Aufenthaltes nicht durch einen Vormund vertreten werden können.

Die Betreuung / Begleitung von umA ist im 1. Halbjahr 2019 weiterhin geprägt gewesen von:

- Perspektivlosigkeit der umA durch langwierige Asylverfahren
- Die BSFG+ Kurse an den Oberstufenzentren haben nicht in ausreichendem Maß Sprachkenntnisse für die Aufnahme von Ausbildungs- oder ähnlichen Maßnahmen vermittelt bzw. konnten nur sehr wenige umA an eine Ausbildungsreife heranführen.
- Trotz belegbarer abnehmender Zahlen von zugewiesenen umA, spiegelt sich dies nicht in der täglichen Arbeit mit umA wieder. Die Zunahme an Komplexität erfordert einen individuelleren Blick auf jeden einzelnen umA, um dessen bestmögliche Versorgung, Begleitung und Integration gewährleisten zu können.
- Der Bedarf an Betreuung und pädagogischer Begleitung/ Unterstützung ist auch bei den jungen Volljährigen ungebrochen, vor allem vor dem Hintergrund, dass viele umA erst im Alter von 16 und 17 Jahren in die Obhut des Jugendamtes gelangen. Wie Studien bereits belegt haben (siehe Evaluation des Instituts für Kinder- und Jugendhilfe vom 05.02.2018) entfaltet Jugendhilfe für umA durchaus eine nachhaltige Wirkung, jedoch frühestens nach 1,5 Jahren.

Frau von Frau Dr. Müller fragt nach, ob die OSZ-Kurse Pflicht sind. Dies wird bejaht, denn das ist der Sprachlernstart.

Herr Ströber erklärt, dass geflüchtete Menschen eine Duldung erhalten, wenn sie in Ausbildung sind. Eine Duldung wird jedoch nicht für Vorbereitungskurse gewährt, deshalb wollen sie lieber gleich in eine Ausbildung, was wiederum ohne Deutschkurse/ -kenntnisse oft nicht geht!

#### c) Schimmelbefall in der Kita Farbenspiel

Herr Pokorny informiert: Die Kinder der Kita Farbenspiel mussten nach Feststellung von Schimmelbildung in neue Kitas untergebracht werden. Aus dem Stand 101 Kinder anderweitig zu versorgen, war eine sehr schwierige Aufgabe. Herr Pokorny dankt daher allen Beteiligten für ihr Engagement. Das Gebäude wird wiederhergerichtet. Für das Frühjahr 2020 ist der Rückzug avisiert.

#### d) Öffentliche Vergabe/Auswahlkommission Suchtprävention

Herr Pokorny erinnert, dass der Beteiligungsprozess zur Vergabe Suchtprävention in der Märzsession 2019 stattfand. Im Anschluss wurden die Mitglieder für die Auswahlkommission bestimmt. Der JHA hatte dazu auch zwei Mitglieder gewählt. Diese sind aber nicht Mitarbeiter\*innen der Stadtverwaltung. Herr von Miller (Vergabestelle der LHP) hat dies rechtlich geprüft und beanstandet. In einer Auswahlkommission im Rahmen einer öffentlichen Vergabe können nur Angestellte/Beamte der Landeshauptstadt Potsdam bestellt werden.

Herr Wollenberg betont, dass dies verdeutlicht, dass der JHA sich stark machen sollte, dass soziale Ausschreibungen mittels Interessenbekundungsverfahren (und nicht als öffentliche Vergabe) durchgeführt werden.

#### d) Vorstandswahl im Kita-Elternbeirat

Die Verwaltung sieht die Wahl als rechtmäßig an. Das Wahlverfahren wurde mit den Anwesenden abgestimmt. Die organisatorische Durchführung der Wahl kann der Verwaltung übertragen werden. Das MBS hat die Rechtmäßigkeit schriftlich bestätigt.

Frau Dr. Müller meint, man sollte vorab eine rechtsverbindliche Regelung finden.

Herr Pokorny ergänzt, dass ein Wahlprozedere in einer Geschäftsordnung stehen kann und sollte.

Herr Witzsche sieht das auch als ein ehrenwertes Ziel, aber so schnell wird eine Neuwahl nicht notwendig sein. Das Schreiben des MBS kommt in die Anlage.

#### e) Presseberichterstattung „überlastetes Jugendamt“

Frau Aubel möchte zu diesem Thema Stellung nehmen. Ein Innendienst wird aktuell eingerichtet, so dass immer jemand in der Regionalen Kinder- und Jugendhilfe (RKJH) während der Öffnungszeiten zu erreichen ist. Noch sind die organisatorischen Überlegungen, welche unter Beteiligung der MitarbeiterInnen erfolgen, nicht abgeschlossen.

Ein zweites Thema ist die Rufbereitschaft außerhalb der Sprechzeiten im vier-Augen-Prinzip.

So soll gewährleistet werden, dass die RKJH ihrer hoheitlichen Aufgabe der Inobhutnahme Ziel ist der Start zum 01.07.2020. Auch hier erfolgt die organisatorische Ausgestaltung unter Beteiligung der Mitarbeitenden und der entsprechenden Fachstellen und Partner.

Herr Otto fragt, da es zusätzlich vergütet wird, dann muss dafür Geld eingeplant werden. Dies wird durch die Verwaltung bejaht und sei durch den Tarifvertrag geregelt.

Herr Kulke begrüßt die bessere Erreichbarkeit des Jugendamtes. Er fragt, um welche Stellen ein Aufwuchs erfolge.

Frau Aubel betont, dass im Zuge des Nachtrags drei neue Stellen zum Jahresende besetzt werden könnten. Im neuen DHH seien drei Stellen geplant. Hier werde versucht bereits zum Jahresbeginn eine Stellenbesetzung vorzunehmen. Des Weiteren versuche sie noch zusätzliche Stellen zu schaffen.

Herr Kulke sieht schon jetzt die Überlastung der Mitarbeitenden in diesem Arbeitsfeld, da könne vor diesem Hintergrund nicht auch noch die Arbeitslast ausgeweitet werden.

Frau Aubel betont die Erforderlichkeit. Aktuell gehe man davon aus, dass es wenige Wochen im Jahr Bereitschaft pro Mitarbeitende seien. Im Rahmen der anstehenden Organisationsuntersuchung werde die Personalbemessung quantifiziert und fortschreibungsfähig ausgestaltet.

Frau Tietz fragt nach, ob erst eine Vergütung bei erfolgtem Einsatz gewährt wird. Frau Aubel antwortet, dass der Tarifvertrag dies auch bei „passiver“ Bereitschaft vorsehe.

Herr Otto fragt nochmal nach Vergleichszahlen von anderen Kommunen. Wie viele Fälle sollte ein Mitarbeiter max. haben?

Frau Aubel erläutert: Es gibt kein Benchmark dazu, weil jede Kommune anders aufgestellt ist und daher ist ein Vergleich nicht möglich. Manche zählen Fälle, aber eigentlich muss man auch Prozesse zählen.

Herr Kulke fragt nach der Ausschreibung der Kinderschutzstelle. Alle sind sich einig, dass die Situation unzufriedenstellend ist. Auch die insofern erfahrenen Fachkräfte haben dadurch keine fachliche Betreuung und Fortbildung mehr, ergänzt Herr Ströber.

#### **zu 4 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII**

UAJHP: Herr Ströber erklärt zusammenfassend von der Sitzung am 12.11.2019, dass das Thema zu kommunalen Kitas aus der letzten JHA-Sitzung erneut diskutiert wurde. Dieses Vorhaben scheint manchen als bedenklich, bei der derzeitigen Überlastung der Verwaltung.

Beim Fachgespräch zum Fachkräftemangel am 23.10.2019 wurden kommunal umsetzbare Maßnahmenideen erfasst, die auf der Dezembersitzung erneut aufgerufen werden. Die Ergebnisse gehen an die AGs zur Ergänzung, dann geht das Ergebnis an den JHA mit der Frage, was ist umsetzbar. Außerdem hat sich der UAJHP mit den nicht erledigten Themen aus seinem Themenspeicher befasst und wird diesen in 2020 abarbeiten, z.B.: Konsequenzen für Potsdam gemäß § 79 a SGB VIII (Qualitätsprüfung), Erarbeitung Schlussfolgerungen zur Evaluation der Sozialraumorientierung Teil II oder auch neue Ansprüche Gesamtkonzept Schule – Jugendhilfe, Handlungskonzepte Kita und Übergang Berufsausbildung. Für die Komplettierung des Ausschusses wird eine Wahl in diesem JHA aus 5 Kandidaten stattfinden.

Außerdem muss ein Termin für die Fortbildung „Lebendige Jugendhilfeausschüsse“ gefunden werden. Herrn Kolesnyk wurden inzwischen einige angeboten, aber es kommt nach Prüfung mit anderen Terminen aus seiner Sicht nur der 17.01.2020 in Frage.

Die dazu durchgeführte Abstimmung ergab ein einstimmiges „Ja“.

Herr Ströber hat außerdem auf Nachfrage das Angebot erhalten, die Dezembersitzung im Club 18 durchführen zu lassen. Auch damit sind alle einverstanden.

RegAG 2: Frau Tietz fasst vertretend zusammen.

Es gab eine Diskussion zur Jugendklubarbeit mit der Feststellung, dass man eine Einrichtung nicht mit zwei Stellen gut betreiben kann, auch bei den Schulsozialarbeiter\*innen ist keine Vertretung möglich. Die Pauschalen im Jugendförderbereich decken keine Ausfallzeiten ab. Das wird sehr kritisch gesehen

Wie wird Kinderschutz an der Schule gehandhabt? Dazu wird die Region 2 mit den betroffenen Schulen ins Gespräch kommen.

RegAG 3: Die Reg-AG Region 3 tagte am 06.11.2019. Es wurde sich ausführlich über das Fachgespräch „Kommunale Möglichkeiten für bessere Fachkräftepflege und -akquise in der Landeshauptstadt Potsdam“ am 23.10.2019 verständigt. Außerdem wurde nochmals die Situation der unbesetzten Stellen im Sozialraum, insbesondere innerhalb der Jugendförderangebote, thematisiert. Für 2020 wurden Termine und Themen festgelegt.

Die AG 78 Kita tagt erst am 26.11. wieder

AG HzE tagte am 19.11.2019 mit einer Neuwahl. Neuer Vorsitzender ist Lutz Küken, die Stellvertretung übernimmt Frau Krönes. Für den UA kandidiert Frau Frehse. Es gibt Fragen und auch Bedenken für die (Nicht)Bearbeitung der Anträge der Träger.

Frau Aubel erläutert, dass die entsprechende Stelle nunmehr besetzt sei.

Zurzeit sind Menschen mit Behinderung nicht gut berücksichtigt, erfahren die AG-Mitglieder laut RAK-Berichterstattung zur Kinderschutzarbeit mit behinderten jungen Menschen.

Frau Aubel betont, dass ihr diese Fälle nicht bekannt seien. Bei Bedarf seien der FBL und ihre Person gerne ansprechbar. Das Auswahlverfahren für den Beauftragten für Menschen mit Behinderungen wird wiederholt, da in der ersten Runde keine geeignete Person gefunden werden konnte.

AG JuFö: Frau Tietz berichtet, dass das Protokoll des Fachkräftefachgespräches vermisst wird. Räume für queere Jugendliche wurden thematisiert. Sanierungen der Jugendfreizeiteinrichtungen stehen immer noch aus. Skaten sollte an mehreren Orten in der Stadt möglich sein.

Frau Schulheiss erklärt, dass sie unter einer Fun-Sporthalle mehr als nur eine Skatehalle versteht.

Frau Aubel bietet an, dass der KIS in einer der nächsten Sitzung die Sanierungsplanung vorstellt.

## **zu 5 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat**

Jugendliche: niemand anwesend

## **zu 6 Bericht des Kita-Elternbeirates**

Kita-EB: Herr Witzsche erläutert, dass man sich darüber freut, nicht neu wählen zu müssen und nun inhaltlich arbeiten kann, neben einigen formellen Fragen soll vor allem inhaltlich gesprochen werden. Es ist sehr erfreulich, dass Frau Aubel zur Begrüßung des KKEB kommen wird.

Zum Thema aktuelle EBO wurde das Ministerium gebeten nochmal zu prüfen, ob sie Rechtsaufsicht gewährleisten müssen.

## **zu 7 Mitteilungen der Verwaltung**

### **zu 7.1 Sachstand Jugendfreizeiteinrichtung Georg-Herrmann-Allee - Entwicklungsträger Bornstedter Feld angefragt**

Herr Theobald stellt die Verortung und den aktuellen Sachstand zur Jugendfreizeiteinrichtung Georg-Herrmann-Allee mit einer Powerpoint Präsentation vor (Anlage).

Nach Beschluss aus dem Sommer 2019 (vgl. DS 18/SVV/0735) wird die Bauliche Planung wohl erst Mitte 2020 beginnen können, daher wird die Fertigstellung erst für Ende 2023 möglich sein.

Fragen:

Frau Tietz fragt nach, ob es sich um studentisches Wohnen handelt. Nutzungskonflikte sind vorher unbedingt zu vermeiden, denn ein Jugendklub ist nicht immer leise.

Herr Theobald erläutert, dass sehr eng gebaut wird und deshalb der Jugendklub in das Wohngebäude integriert wurde. Es gab vorab auch Beteiligungen von Kollegen der Jugendamtsverwaltung und dem Stadtjugendring (SJR).

Herr Kulke findet die Integration einer Jugendfreizeiteinrichtung ins Wohnen alles andere als optimal.

Herr Theobald ergänzt, dass die Orientierungswerte des Jugendamtes berücksichtigt wurden. Die Machbarkeitsstudie wird nachgereicht und ist eine Anlage.

Frau Aubel kann sich diese Planung vorstellen. Die Studierenden, die dort hinziehen, wissen ja vorab, was dort verortet wird.

Herr Harder widerspricht mit Nachdruck. Erfahrungsgemäß wird den Käufern und Mietern nicht immer vorab gesagt, welche weiteren Nutzungen in unmittelbarer Nähe geplant sind. Die zu erwartende Lautstärke muss vorher allen klar sein. Man kann mit Schallschutz einiges lösen. Der SJR wurde seines Wissens nicht beteiligt.

Herr Otto meint, dass die oberen Etagen auch für die Fachhochschule geeignet gewesen wären statt studentischem Wohnen. Er fragt an, ob schon vor der Fertigstellung Jugendarbeit erfolgen könne z.B. mittels Bauwagen?

Frau Dr. Müller bittet um Prüfung des Beteiligungsprozesses. Die Nutzung von Kita neben der Jugendfreizeiteinrichtung wurde vom JHA befürwortet. Eine Nutzung mit Studierenden sei auch denkbar.

Frau Tietz nimmt wahr, dass es für Jugendliche immer schwieriger werde sich im öffentlichen Raum zu bewegen. Diese würden zunehmend als störend durch die Öffentlichkeit wahrgenommen. Daher sei eine Verdichtung wie hier geplant durchaus kritisch.

Herr Kulke fragt nach, wie der JHA weiter beteiligt werden soll. Auch Studenten könnten klagen, wenn sie ihre Ruhe haben wollen. Ideal ist diese Planung daher nicht.

Frau Parthum fragt nach der Miethöhe. Herr Theobald antwortet, dass die Miete nicht am WBS ausgerichtet werden soll sondern mittels Bafögsatz berechnet wird. Die Baukosten sind höher als normaler Geschosswohnungsbau, es werden dann ca. 325 € für ein 20m<sup>2</sup> Apartment (warm) im Monat sein.

Frau Schultheiss ist über diese Mietberechnung entsetzt. Die Miethöhe sei deutlich zu hoch.

Herr Ströber möchte die Festlegung zum studentischen Wohnen verschriftlicht sehen.

Herr Theobald benötigt zunächst den politischen Beschluss. Die angestrebte Förderung funktioniert dafür nur, wenn das Studentenwerk zustimmt. Ohne Förderung kann dies nicht realisiert werden.

Frau Aubel fasst zusammen, wenn es absehbar sei, dass studentisches Wohnen nicht realisiert werden könnte, müsste der Entwicklungsträger Bornstedter Feld zeitnah den JHA informieren.



Frau Parthum fragt, wie die Beteiligung nach dem Verkauf weitergeht. Frau Aubel regt an, dass dann die Pro Potsdam eingeladen werden müsse. Dies sollte unmittelbar nach dem Verkauf erfolgen.

Frau Eifler bedankt sich bei Herrn Theobald für die Präsentation und die Darlegungen.

## **zu 8 Wahl von Mitgliedern des Unterausschusses Jugendhilfeplanung aus AGs § 78 SGB VIII**

Alle stimmberechtigten Mitglieder bekommen eine Tischvorlage (Anlage) mit den Kandidat\*innen und einen Stimmzettel. Jeder hat 3 Stimmen und es wird offen angekreuzt.

Abstimmungsergebnis:

Frau Finke-Jetschmanegg

Frau Frehse

Frau Tietz

sind in den UA JHP gewählt.

## **zu 9 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

### **zu 9.1 Strategischer Eckwertebeschluss für die Planung des Doppelhaushaltes 2020/2021 und die mittelfristige Finanzplanung 2022 bis 2024**

**Vorlage: 19/SVV/1174**

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle 103

Frau Aubel stellt die Planungen mittels einer Powerpointpräsentation vor (Anlage).

Investitionen sind nicht Bestandteil des Eckwerts, sondern lediglich der Ergebnishaushalt. Frau Aubel zählt auf, welche Themenfelder berücksichtigt wurden. Positionen, die nicht im Eckwert enthalten sind, werden ebenfalls benannt.

Frau Schultheiss fragt nach, warum das Rechenzentrum nicht erwähnt wurde. Frau Aubel antwortet, dass es dafür bisher keinen pauschalen Zuschuss gibt.

Herr Kulke vermisst HzE-Summen. Frau Aubel erklärt, dass diese in der Summe „Regionale Jugendhilfe“ enthalten seien.

Herr Ströber fühlt sich mit dem Beschlusstext überfordert, er wünscht sich die eingehendere Befassung mit dem Thema.

Frau Dr. Müller interessiert, wie weit die Umsetzung der haushaltsbegleitenden Beschlüsse erfolgt ist und was an der Öffnung der Schulen so teuer ist?

Frau Aubel erklärt, dass Wachschutzdienste die Schulgrundstücke öffnen und schließen.

Auch Herr Wollenberg hätte gern die 600.000,00€ für die Öffnung der Schulen untersetzt und kann die Summe nicht nachvollziehen. Er findet zunächst die Eckwerte gut dargestellt und ansonsten nachvollziehbar. Wo bleiben die 11% Aufwuchs beim Fachbereich Bildung, Jugend und Sport?

Frau Aubel antwortet, dass dieser Aufwuchs im Wesentlichen bei den Themenfeldern Kita und Schulen verausgabt wird.

Frau Schultheiss fragt, was mit der Jugendwebsite (vgl. Seite 19) gemeint ist.  
Frau Aubel erklärt, dass es sich dabei um das Projekt von Frau Buhr (Maßnahme aus dem Aktionsplan kinder- und jugendfreundliche Kommune) handelt.

Herr Witzsche fragt zur Summe für die kommunale Kita, wie die sich zusammensetzt.

Frau Aubel erläutert, dass es sich dabei um Overhead- und Personalkosten handelt. Weiterhin will er wissen, ob die 77,10 Mill. € für die Kita-Einrichtungen geplant sind. Dies wird bejaht.

Außerdem stellt Herr Witzsche fest, dass laut Grafik auf der Seite 19 die Kinderzahlen sinken. Ist das wirklich so? Diese Information wird nachgeliefert.

Frau Parthum fragt, ob die Summen für die Umsetzung der Maßnahmen des Aktionsplanes Kinderfreundliche Kommune enthalten sind, was Frau Aubel bejaht, dass dies in Teilen der Fall ist.

Die Stadtverordneten erklären mehrheitlich: man müsse zunächst im Großen gucken, ob das Geld ausreicht, ehe man sich um die Detailfragen kümmere.

Herr Ströber fragt, ob der Bevölkerungsaufwuchs angemessen berücksichtigt wurde.

Die Stellen sind mittels eines Quotienten geplant worden, erklärt Frau Aubel, aber dieser muss nicht bedarfsdeckend sein. Auch die Kolleg\*innen mit nicht pflichtigen Aufgaben müssen ihre Arbeit erledigen können.

Frau Tietz sieht noch nicht berücksichtigte Bedarfe. Wo kann sie das wann einbringen? Herr Wollenberg antwortet vor der Sommerpause 2020 kann sie dies nochmal ansprechen.

Herr Kulke fragt nach, was der JHA tun kann, um die Kolleg\*innen in der Verwaltung zu unterstützen. Frau Aubel betont, dass sie dazu derzeit in Gesprächen sei. Bei Bedarf werde sie auf den JHA zukommen.

Das Papier wird einstimmig zur Kenntnis genommen!

## **zu 10      Sonstiges**

Es wird gefragt: Wo ist der Doppelausschuss?

Antwort: Es steht der Tag noch nicht fest, daher auch noch nicht der Ort. In der nächsten Sitzung sollte entschieden werden, ob der Tag des Bildungs- und Sportausschusses oder des Jugendhilfeausschusses (von Februarplan 2020) genommen werden soll.

**Birgit Eifler**  
**Stellv. Ausschussvorsitzende**

**Birgit Ukrow**  
**Schriftführerin**



## Niederschrift

### 4. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

---

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 12.12.2019  
**Sitzungsbeginn:** 16:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 18:07 Uhr  
**Ort, Raum:** Club 18, Pietschkerstraße 50, 14480 Potsdam

---

#### Anwesend sind:

##### Ausschussmitglieder

Frau Birgit Eifler	Bündnis 90/Die Grünen	Sitzungsleitung
Frau Sabine Frenkler	anerkannte freie Träger	
Frau Ulrike Kallenbach	anerkannte freie Träger	
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Sebastian Olbrich	AfD	ab 17:20 Uhr
Herr Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Tiemo Reimann	SPD	
Frau Julia Schultheiss	anerkannte freie Träger	
Herr Bodo Ströber	anerkannte freie Träger	
Frau Katharina Tietz	anerkannte freie Träger	

##### stellv. Ausschussmitglieder

Herr René Kulke	DIE aNDERE	
Herr Uwe Rühling	anerkannte freie Träger	bis 17:40 Uhr

##### beratende Mitglieder

Frau Dr. Kristina Böhm	
Herr Steve Farendorf	
Herr Dirk Heidepriem	
Herr Dr. Reiner Pokorny	
Frau Marie-Charlotte Senst	Kreisschülerrat
Herr Robert Witzsche	Kita-Elternbeirat

##### Beigeordnete

Frau Noosha Aubel	Geschäftsbereich 2
-------------------	--------------------

#### Nicht anwesend sind:

##### Ausschussmitglieder

Frau Annina Beck	DIE aNDERE	entschuldigt
Herr Matthias Kaiser	CDU	entschuldigt
Herr David Kolesnyk	SPD	entschuldigt
Frau Ute Parthum	anerkannter freier Träger	entschuldigt
Frau Isabelle Vandre	DIE LINKE	entschuldigt

### **beratende Mitglieder**

Herr Kamal Abdallah	Verein der Muslime	nicht entschuldigt
Frau Astrid Englin-Ressel	Kreiselterrat	nicht entschuldigt
Herr Mak Kljunic	Jugendvertretung	nicht entschuldigt
Herr Steffen Müller	Stadtsportbund	nicht entschuldigt
Frau Leni Naimova	Humanistischer Verband	entschuldigt
Frau Maria Pohle	Migrantenbeirat	nicht entschuldigt
Frau Anna Rasu	Jüd. Gemeinde	nicht entschuldigt
Frau Veronika Sander	Amtsgericht Potsdm	nicht entschuldigt
Frau Angela Schmidt-Fuchs	Katholische Kirche	nicht entschuldigt
Herr Thomas Simonis	Polizeiinspektion Potsdam	entschuldigt
Frau Martina Trauth	Gleichstellungsbeauftragte	entschuldigt

### **Schriftführerin:**

Frau Martina Spyra GB Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit Bildung, Jugend und Sport

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.11.2019 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Informationen des Jugendamtes
- 4 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 5 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat
- 6 Bericht des Kita-Elternbeirates
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 Information zur Bevölkerungsentwicklung
- 8 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 9 Sonstiges

### **Niederschrift:**

#### **Öffentlicher Teil**

##### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die stellv. Ausschussvorsitzende, Frau Eifler.

**zu 2      Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.11.2019 / Feststellung der öffentlichen  
Tagesordnung**

Frau Eifler stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 11 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Frau Eifler weist darauf hin, dass die Niederschrift zur Sitzung vom 21.11.2019 nicht rechtzeitig vorlag. Sie ist inzwischen online, aber die Abstimmung über die Niederschrift erfolgt aus Fristgründen erst in der Januar Sitzung 2020.

Anschließend stellt Frau Eifler die Tagesordnung zur Abstimmung.

Der Tagesordnung wird einstimmig **zugestimmt**.

**zu 3      Informationen des Jugendamtes**

3.1 Antworten auf Fragen der Jugendförderung

Herr Pokorny erinnert daran, dass er bereits einige Ausführungen zu den Fragen der AG in den letzten Sitzungen gemacht hatte. Zum Thema „Sanierung der Jugendklubs“ verweist er auf die derzeit laufende Investitionsplanung. In der Investitionsplanung werden die Themen Jugendklubs, Schulen und Kindertagesstätten in Zusammenarbeit mit dem KIS geplant. Die Abstimmungsergebnisse werden folgend durch den Geschäftsbereich 1 geprüft. Ein erstes Ergebnis wird im Januar 2020 erwartet.

Auf Rückfrage von Frau Dr. Müller ergänzt Herr Pokorny, dass die Themen finanziell geplant wurden. Diese Planung wird in einem zweiten Schritt auf einzelne Einrichtungen bezogen. Weiterhin erfolgt parallel die Stellenplanung für den Haushalt 2020/2021. Hier werden ebenfalls die Ergebnisse im Januar erwartet. Im Stellenplan 2019 sind im exFB35 derzeit 14 Stellen nicht besetzt. Davon befinden sich 10 Stellen im Ausschreibungsverfahren.

Die Überarbeitung der Jugendförderrichtlinien und die Erstellung eines Jugendhilfeplanes werden Schwerpunkte im Jahr 2020 sein. Frau Tietz wünscht sich die Einbeziehung der Träger und fragt nach einem Zeitplan. Dieser wird im Rahmen der Plan- und Zielkonferenz des FB 23 im Januar erstellt. Frau Dr. Müller wundert sich über das Wort „begonnen“. Herr Dr. Pokorny ergänzt, dass es sich um eine Fortschreibung handelt. Dann sind die Ergebnisse erst für den nächsten Doppel-Haushalt relevant, fragt Herr Otto, was Herr Dr. Pokorny bejaht.

Die Dokumentation zum Fachgespräch „Fachkräftemangel“ wurde an alle Teilnehmenden versendet und wird als Anlage an das JHA-Protokoll beigelegt. Die 78er AGs werden die Ergebnisse noch ergänzen, so dass das Gesamtpaket in der JHA-Klausur priorisiert werden kann.

Das Thema Skaterhalle ist ein Teil der Investitionsplanung und wird in diesem Zusammenhang behandelt.

3.2 Aufnahme ARCHE in den Jugendförderplan

Frau Aubel plädiert für die Aufnahme der „Die Arche“ in den Jugendförderplan. Der aktuell verabschiedete Plan gilt bis 2021. Die ARCHE wird informiert, welche Formalien zu beachten und welche Schritte zu gehen sind. Ein Beschluss dazu

trifft der JHA.

### 3.3 Beschluss RPA Untersuchungsausschuss EBO

Im RPA-Ausschuss wurde beschlossen, dass das gesamte Verfahren durch das RPA geplant und gesteuert wird. Das RPA wird dem Hauptausschuss einen Fragenvorschlag zur Beschlussfassung vorlegen. Danach erfolgt die Ausschreibung für die Untersuchungsleistung.

### 3.4 Landesprogramm Kiez-Kitas

Frau Schelle führt aus, dass das Landesprogramm auch in 2020 fortgeführt wird. Entsprechende Anträge wurden gestellt. Es werden 8 Einrichtungen in das Programm einbezogen. Es gibt weiterhin die fachliche Begleitung durch Kolleg\*innen des Jugendamtes.

Herr Kulke fragt, ob die Stelle Kinderschutz ausgeschrieben ist und wer das aktuell stellvertretend macht. Herr Pokorny antwortet, dass die Stelle ausgeschrieben ist, eine fachlich-inhaltliche Vertretung gibt es nicht. Wann mit der Wiederbesetzung zu rechnen, lässt sich schwer beantworten. Frau Aubel erwidert, im besten Falle klappt es ab März 2020 und im schlechtesten wird es Sommer 2020 werden.

## **zu 4 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII**

### UAJHP

Herr Ströber führt aus, dass die Themenliste des Unterausschusses für 2020 noch durch folgende Themen ergänzt wurde: Organisationsuntersuchung des Fachbereiches, Fachinput zu HzE, Bericht der Serviceeinheit Jugend für Potsdam. Das Thema Eckwertebeschluss wird noch im JHA zu behandeln sein.

Irritationen zur Anzahl von Inobhutnahmefällen wurden angesprochen. Dazu sollte Frau Aubel nochmal mit Frau Frehse sprechen. Herr Kulke vermisst auch Zahlen dazu im Protokoll. Frau Kallenbach ergänzt, dass dabei in der Tat nicht alle Zahlen berücksichtigt wurden.

Diesen Hinweis nimmt Frau Aubel auf.

Terminplanungen für den JHA müssen nochmal besprochen werden. Das wird unter Sonstiges aufgerufen.

Aus der letzten Sitzung der Lenkungsgruppe Schule Jugendhilfe informiert Herr Ströber, dass folgende Schulen für Schulsozialarbeit ab 2020/21 vorgesehen sind: Grundschule im Kirchsteigfeld, Schulzentrum am Stern, Grundschule am Jungfernsee, Grundschule Bornim, Humboldt-Gymnasium.

Frau Frenkler fragt nach, welche Kriterien für die Auswahl zugrunde gelegt wurden. Herr Ströber antwortet: Die Kriterien wurden im JHA beschlossen und werden auch streng angelegt.

Frau Frenkler fragt außerdem, inwieweit wurden die Hortträger in den Beantragungsprozess einbezogen. Dies erfolgt derzeit nicht.

Herr Otto fragt nach den Trägern für Schulsozialarbeit – es bleibt bei den aktuell zwei Trägern: SPI und Paragraph 13.

Für die freien Schulen gilt der Stadtverordnetenbeschluss zur Schulsozialarbeit nicht.

### RegAG 1

Herr Rühling legt dar, dass sie beim letzten Termin bereits die Ergänzung zur

Fachgesprächsdokumentation zum Fachkräftethema erarbeitet haben.  
Zu den Ausführungen von Herrn Theobald beim letzten JHA gab es Irritationen. Der aktuelle Raumplan weicht von den mit ihnen abgestimmten Varianten ab, z.B. die Nutzung in zwei Etagen und die Zuwegung.  
Die Reg-AG-Konferenz im Juni 2019 hatte eine Zusammenfassung für den neuen JHA verfasst, um die Aufgaben und Ziele der Regional-Arbeitsgemeinschaften vorzustellen. Dazu sollte eine der kommenden JHA-Sitzungen genutzt werden.

#### AG Kita (ausführlich vgl. Anlage)

Frau Frenkler legt dar, dass die AG am 26.11.2019 getagt hat. Das Thema Kommunale Kita wurde länger erörtert. Die Verwaltung legte ihre Argumente da, die von den Trägern nur in Teilen nachvollzogen werden könne. Im Hinblick auf die fehlende Einbeziehung der Träger habe sich Frau Aubel entschuldigt. Sie sei davon ausgegangen, dass es einen Abstimmungsprozess gegeben habe. Es gibt nach wie vor die Sorge der Träger, dass diese neue Herausforderung aktuell von der Verwaltung gestemmt werden kann. Der Erkenntnisgewinn der Verwaltung wäre ja günstig, aber wie lange soll darauf gewartet werden. Es wird auch dringend auf neue Stellenbesetzungen in der Verwaltung gewartet. Nach der Kinderschutzkoordinatorin hat sich nun der ehemalige Kita-Planer aus der Stadtverwaltung verabschiedet.

Eine neue EBO ist auch weiterhin Thema. Die Verwaltung wartet bereits seit einem Jahr auf die Mustersatzung des Landes. Es gibt große Ungerechtigkeiten, vor allem für Familien, die sehr wenig Geld haben. Zudem sei die Höhe des Einstiegssatzes zu hoch.

Der Elternbeirat kann bei Bedarf gern mal bei den Sitzungen dabei sein.  
Zur Kita-Finanzierungs-Richtlinie sollte es noch ein Gespräch in diesem Jahr geben. Der Text ist bald fertig.

Herr Dr. Pokorny ergänzt, dass die Richtlinie mit der Haushaltsdiskussion zusammenhängt und daher nicht vor März besprochen werden kann.

Frau Frenkler ergänzt, dass es die Idee der Kita-AG gibt, mal mit einem Träger exemplarisch eine LEQV (Leistungs-, Entgelt und Qualitätsvereinbarung) abzuschließen. Das genaue Procedere wird in 2020 weiter besprochen werden.

Frau Schultheiß will nicht alle fachliche Diskussionen zu den Themen stoppen nur weil alles am Haushalt hängt. Da stelle sich ihr die Frage, was machen wir bis dahin.

Frau Aubel erklärt, dass die Verwaltung im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung, nur Aufwendungen und Auszahlungen leisten darf, zu deren Leistung sie rechtlich verpflichtet ist oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind.

## **zu 5      Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat**

Frau Senst berichtet, dass beim Kreisschülerrat zum Mensaessen diskutiert wurde und zur Fun-Sporthalle.

Sie bringt eine Frage an Frau Aubel mit, ob es einen kleinen Etat für PC-Technik geben könnte, z.B. für Mouse und Kabel. Frau Aubel erklärt, dass sie davon weiß und diese Anfragen an den IT-Bereich gehen müssen. Ergänzung: Dies wird mittels einer Vereinbarung mit den Schulen so vollzogen.

Zur Fun-Sporthalle wird es im Januar Aussagen vom KIS durch Herrn Richter geben.

## **zu 6 Bericht des Kita-Elternbeirates**

Frau Klammer berichtet, dass ein reger Frageraustausch mit der Verwaltung stattfand u.a. mit Frau Elsaßer und Frau Schelle. Zum nächsten Termin werden freie Träger eingeladen. Dadurch läuft die Kooperation gut und das Verständnis wird deutlich besser. Eine Homepage ist demnächst fertig gestellt, um mehr Eltern zu erreichen. Außerdem besteht der Wunsch nach einem eigenen Budget. Viele Eltern sind noch mit den Rückzahlungen befasst und hätten das Geld gern vor Weihnachten gehabt. Die Antragsfrist endet 2019, im 1. Quartal 2020 sollten alle Auszahlungen erfolgen.

## **zu 7 Mitteilungen der Verwaltung**

### **zu 7.1 Information zur Bevölkerungsentwicklung**

Es wird eine Tischvorlage verteilt (Anlage). Herr Dr. Pokorny erklärt, dass er oft angesprochen wurde, da es Aussagen gäbe, dass die Kinderzahlen stagnieren werden. Die Bevölkerungsprognosen werden im Bereich Statistik alle zwei Jahre aktualisiert. Es kann natürlich Abweichungen geben, wie z.B. als die Flüchtlinge kamen. Aber i.d.R. sind die Prognosen sehr nah an der tatsächlichen Bevölkerungsentwicklung dran.

Die Geburten in den 90er Jahren lagen bei 600 bis 900 Kindern im Jahr, dies führte zu einem sogenannten Wendeknick. Ein solcher Knick füllt sich auch durch Zuzug nicht auf. Die Anzahl der gebärfähigen Frauen wird in den kommenden Jahren zurückgehen. Demzufolge wird es eher zu einer Stagnation der Geburtenanzahl kommen.

Frau Dr. Müller versteht dennoch nicht, warum das Land anders prognostiziert als die Stadt und kann auch durch die Wahrnehmung im öffentlichen Raum die vorgestellte Prognose nicht glauben.

Frau Aubel erläutert, dass nicht nur die Bevölkerungsentwicklung als Planungsparameter diene, sondern auch das Anwahlverhalten. Dieses hätte sich u.a. durch die Einführung der Rechtsansprüche auf Kindertagesbetreuung deutlich verändert

Herr Rühling erläutert, dass sich eine Stagnation der Bevölkerungsentwicklung im Jugendalter derzeit nicht zeige und es eher steigende Zahlen in den Jugendklubs gibt. Dies gilt auch für die Schulen ergänzt Frau Aubel.

## **zu 8 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

## **zu 9 Sonstiges**

### Terminplanungen

Herr Ströber fasst die folgenden Termine für den JHA zusammen:

17.01.2020, 16:00 bis 20:00 Fortbildung „Lebendige Jugendhilfeausschüsse“

23.01.2020, 16:30 Uhr JHA

30.01.2020 eigentlich JHA-Klausur

Es stellt sich die Frage, ob drei Wochen in Folge mit je einem JHA-Termin nicht zu viel ist.



Dies wird mehrheitlich bejaht und ein späterer Klausurtermin als günstig befunden.

Dem Vorschlag am 20.02.2020 den JHA mit Klausur durchzuführen wird einstimmig zugestimmt. Somit beginnt der JHA bereits um 15:00 Uhr. Im Anschluss findet die Klausurtagung bis 20:00 Uhr statt.

Durch die Terminierung einer Klausur der Lenkungsgruppe Schule Jugendhilfe Anfang März 2020 wird vorgeschlagen, die gemeinsame Ausschusssitzung ABS und JHA auf den 24.03.2020 zu legen. Der Vorschlag wird einstimmig angenommen. Soll auch ein/e Jugendliche/r bei der Klausur dabei sein, fragt Frau Senst. Herr Ströber meint, dass dieser Termin für alle JHA-Mitglieder gilt, also auch für die beratenden Mitglieder (inkl. Jugendvertretung).

### Thema Supervision

Durch ein Rundschreiben wurden die Jugendförderträger informiert, dass aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung keine neuen Aufgaben finanziert werden. Daher kann das Vorhaben, Supervision in der Jugendförderung auszubauen, bis Jahresmitte 2020 nicht realisiert werden. Die Träger wünschen sich eine zeitnahe und praktikable Lösung, da Supervision ein erforderlicher Bestandteil der Qualitätssicherung sei.

Frau Aubel erklärt, dass die Kolleg\*innen, die diese Schreiben versandt haben, dies laut rechtlicher Vorgaben taten. Außerdem betont Frau Aubel, dass sie und Herr Dr. Pokorny immer ansprechbar seien. Es müsse nicht bis zum JHA gewartet werden um dies zu thematisieren. Sie sei zuversichtlich eine zeitnahe Lösung zu finden.

Herr Kulke ergänzt, dass die e-mail erst am 10.12.2019 versandt wurde. Laut Text sind auch rückläufige Zahlungen nicht möglich, aber z.T. sind Verträge schon gemacht.

Herr Dr. Pokorny erklärt, dass dieses Procedere die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) gebietet.

Frau Schultheiss findet das Angebot der schnellen Rückkopplung von Frau Aubel sehr gut, aber der JHA sei auch ein Ort für solche Diskussionen. Wenn man Fix-Kosten hat, macht man sich Sorgen, wenn die Information kommt, dass einiges unter Vorbehalt ist.

Frau Tietz ergänzt, dass in 2019 die Mittel für Supervision nicht auskömmlich gewesen sind. Es seien eindeutig Mehrbedarfe identifiziert worden.

Frau Aubel verspricht die Klärung mit den entsprechenden Kolleg\*innen.

Herr Otto fragt die Träger, ob sie immer zahlungsfähig sind oder ob Kredite aufgenommen werden müssen/ mussten.

Frau Tietz antwortet, dass dies von der Größe der Träger abhängt und von der Schnelligkeit der Zahlungen. Die Schnelligkeit ist z.Z. sehr gut.

Frau Eifler beendet mit einem Dank an die Gastgeber und wünscht allen ein sehr schönes Jahresende.

**Birgit Eifler**  
**Stellv. Ausschussvorsitzende**

**Birgit Ukrow**  
**Schriftführerin**